

Den Konservatismus politisch denken

Markus Rutsche*

Bericht zum Workshop *Conservatism* an der Universität Zürich,
6.– 7. November 2014

Konservative Positionen nehmen in der gegenwärtigen Landschaft des politischen Denkens eine eigentümliche Sonderstellung ein. Im Vergleich zu anderen Ideologien gilt der Konservatismus häufig als konzeptionell unscharf und entzieht sich – nicht zuletzt aufgrund seiner oftmals theoriefernen Stoßrichtung – einer vorschnellen Einordnung in geläufige Konfliktlinien der politiktheoretischen Debatte. Die Frage, was eine konservative Haltung überhaupt auszeichnet, wird zudem von Konservativen und Nichtkonservativen höchst unterschiedlich beantwortet und stellt ihrerseits einen Gegenstand der politischen Auseinandersetzung dar. Vor diesem Hintergrund nahm sich vom 6. bis 7. November 2014 ein hochkarätig besetzter Workshop am Ethik-Zentrum der Universität Zürich des Themas an und diskutierte darüber, wie die zumeist am Rande des Fachinteresses stehende „konservative Disposition“ philosophisch und politiktheoretisch zu begreifen sei. In drei lose verbundenen Blöcken gingen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops vor allem den Fragen nach, wie die teils gegenläufigen Leitbegriffe der konservativen Ideengeschichte sowohl untereinander als auch gegenüber dem Liberalismus in ein kohärentes Theorie-

gefüge überführt werden könnten, unter welchen Bedingungen sich ein Status-quo-Bias rational rechtfertigen lasse und wie schließlich ein genuin konservativer Wertbegriff philosophisch zu erfassen sei.

Francis Cheneval (Universität Zürich), der die Tagung gemeinsam mit Martin Beckstein leitete, machte in seinem Eröffnungsvortrag jedoch zunächst darauf aufmerksam, dass jede Politik – im griechischen Sinne des Wortes als Sphäre der öffentlichen Deliberation und kollektiven Entscheidungsfindung – strukturell konservativ verfasst sei und einen unhintergehbaren Bias zugunsten des Status quo aufweise. Im Vergleich zu anderen Handlungssphären wie der Wirtschaft, dem Recht oder der Technologie sei es für die gesetzgeberisch tätige Politik geradezu konstitutiv, mit Pfadabhängigkeiten und Vetospiegeln im Sinne Tsebelis' zu tun zu haben, so dass gesellschaftlicher Wandel heute in aller Regel von Handlungssphären ausgehe, die ihrerseits nicht selbst als ‚politisch‘ zu verstehen seien. Dem wurde aus dem Plenum freilich entgegengehalten, dass Kontinuität und Wandel für politische Prozesse gleichermaßen charakteristisch seien und eine Überbetonung von institutionellen Beharrungskräften in der Politik eine aristotelisierende Engführung darstelle. Cheneval wollte seine These vom strukturellen Konservatismus der Politik indes nicht als Annahme

* Markus Rutsche, M. A., Universität St. Gallen (HSG)
Kontakt: markus.rutsche@unisg.ch

über die empirische Verbreitung bestimmter Ideologeme verstanden wissen, sondern lediglich als Plädoyer dafür, bei der Betrachtung des Konservatismus auch die institutionelle Ausgestaltung von politischen Systemen in den Blick zu nehmen. Dieser Wunsch konnte im Laufe der Tagung allerdings nicht weiter verfolgt werden, was damit zu tun haben mag, dass – bei aller Einsicht in die Porosität der jeweiligen Fachgrenzen – die Politikwissenschaft im Gegensatz zur (politischen) Philosophie etwas unterrepräsentiert war.

Mit Oakeshott über Oakeshott hinaus?

Wie *Emily Robinson* (University of Sussex) betonte, wird der Konservatismus für gewöhnlich weniger als eine klar abgrenzbare Ideologie oder politische Theorie wahrgenommen, sondern vielmehr als eine habitualisierte Denk- oder Seinsweise, für die ein positiver Bezug auf die im ‚gesunden Menschenverstand‘ niedergelassene Alltagserfahrung kennzeichnend ist. Von dieser Beobachtung ausgehend, setzte sie sich im Laufe ihres Vortrags mit der innerhalb des (proto-)konservativen Textkanons oftmals übersehenen Spannung zwischen dem Prosaischen und dem Poetischen auseinander. Wie Robinson darlegte, besteht in diesem Schrifttum einerseits eine Tendenz dazu – wie es etwa bei Oakeshott heißt –, „das Vertraute gegenüber dem Unbekannten, das Bewährte gegenüber dem Unerprobten, das Faktische gegenüber dem Mystischen [...] zu bevorzugen“ (Oakeshott 1962: 169). Andererseits zeigt sich bereits beim frühen Burke mit dessen Vorliebe für das Erhabene und Sakrale ein ebenso wirkmächtiges, hierzu jedoch scheinbar konträres Leitmotiv des konservativen Denkens. Für „wahre“ Konservative, so Robinson, liege in der beschriebenen Spannung indes eine grundlegende Bedingung der ästhetischen Erfahrung überhaupt begründet, die es nicht zu beseitigen, sondern in ihrer Widersprüchlichkeit auszuhalten gelte: Weil das Erhabene eine Eigen-

schaft sei, die ihrem Wesen nach aus dem gewöhnlich Schönen erst hervorgehe, müsse gerade das Alltägliche und Prekäre der menschlichen Existenz für den Konservativen einen Gegenstand der Hochachtung und ein transzendentes, da überzeitliches, Mysterium darstellen.

In der weiteren Diskussion wurde allerdings deutlich, dass der Konservatismus – vielleicht in höherem Maße als andere Ideologien – nicht allein durch interne Spannungen, sondern vor allem durch sein Verhältnis zu konkurrierenden Theorieangeboten wie etwa dem Liberalismus gekennzeichnet ist. Eine mögliche Annäherung zwischen konservativem und liberalem Denken skizzierte *Vanessa Rampton* (Universität Zürich) daher in ihrer Fallstudie zu nichtmarxistischen Theoretikern im vorrevolutionären Russland. Dabei ging sie insbesondere der Frage nach, wie sich beide Auffassungen gegenüber Phänomenen des sozialen Wandels verhalten, und führte am Beispiel von hierzulande weitgehend unbekannten Denkern wie Alexander Nikitenko oder Pavel Novgorodtsev aus, dass es gerade unter den historisch kontingenten Umständen einer Revolution zu einer Übereinstimmung zwischen liberalen und konservativen Gesinnungen kommen könne. Wie Rampton anhand der beiden Denker zeigte, können liberale und konservative Positionen vor allem dadurch zueinander finden, dass sie einen pragmatischen Blick auf historische Veränderungen entwickeln und diese – etwa im Sinne Rortys – als inkrementelles Vehikel zur Bearbeitung von gesellschaftlichen Problemkonstellationen zu begreifen lernen.

Dass liberale und konservative Positionen einander nicht diametral entgegengesetzt sein müssen, sondern etwa in ihrem Eintreten für eine Begrenzung des staatlichen Regierungshandelns kongruieren können, verdeutlichte auch *Christoph M. Michael* (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) exemplarisch anhand der politischen Theorie von Michael Oakeshott. Es ist unbestritten, dass der britische Philosoph zu den originellsten und wirkmächtigsten Vertretern des Konservatis-

mus im 20. Jahrhundert zu zählen ist. Umso überraschender mutet es jedoch an, dass die Rezeption seines Werkes zumindest im deutschsprachigen Raum bislang eher verhalten ausgefallen ist und außerhalb der politischen Philosophie kaum Eingang in die theoretische Selbstverständigung konservativer bestimmter Lebenswelten gefunden hat. Von der Diagnose ausgehend, dass sich der deutsche Konservatismus weitgehend in einem politischen und intellektuellen Dornröschenschlaf befinde, unterzog Michael daher einige der bedeutendsten Schriften Oakeshotts – darunter die zum Klassiker avancierte Einleitung in Hobbes' *Leviathan* – einer intensiven Neulektüre und zeigte anhand ausgewählter Schlaglichter deren fortwährende Relevanz für die konservative Theoriebildung auf. So bleibe Oakeshott etwa trotz seines antirationalistischen Impulses einer individualistischen Moraltheorie verpflichtet, die seiner Gleichsetzung von Tradition und Praxis geschuldet sei. Gegen die sterile Anwendung abstrakter Gerechtigkeitsprinzipien, wie sie Oakeshott zufolge für politische Ideologien im engeren Sinne charakteristisch sei, halte er zudem an der Eigenständigkeit und Inkommensurabilität verschiedener menschlicher Erfahrungsweisen fest und lehne es daher – hierin MacIntyre nicht unähnlich – ab, die Rechtfertigung moralischer Urteile anders denn im Modus einer Kohärentisierung der in ihnen verkörperten Traditionen zu erweisen.

In der Absicht, auch das selten gelesene Frühwerk von Michael Oakeshott für die konservative Theoriebildung fruchtbar zu machen, skizzierte *Eno Trimcev* (Leuphana Universität Lüneburg) anschließend eine erfahrungszentrierte Figuration des Konservatismus, die er nicht durch eine schlichte Affirmation des Bestehenden, sondern durch eine Haltung des „wohlwollenden Dissens“ (*sympathetic dissent*) gegenüber der liberalen Ordnung charakterisiert sehen wollte. Der für die Politische Theorie interessante Dissens, den die konservative Philosophie zum Ausdruck bringe, richte sich gegen die historische ‚Immanenz‘ des Liberalismus und insbesondere gegen dessen Neigung,

von einer abstrakten Ausgangssituation wie etwa dem rawlsschen Urzustand auf das konkrete Institutionengefüge einer zu schaffenden Gesellschaftsordnung zu schließen. Aus Sicht des Konservatismus, so Trimcev, liege hier ein Missverständnis dessen vor, was es bedeute, (politische) Theoriebildung zu betreiben. Weil die konservative Denkbewegung in gerade umgekehrter Richtung erfolge und dabei eine starke Trennung von Theorie und Praxis vornehme, müsse sie notwendigerweise auch die Frage nach der transzendenten Verfasstheit von menschlicher Ordnung überhaupt stellen. Für den ‚wohlwollenden‘ Dissens des Konservatismus sei es dabei kennzeichnend, dass jene Bewegung innerhalb der liberalen Ordnung selbst verlaufe.

Ist der Konservatismus die „siegende“ Ideologie?

Die Keynote-Speech von *Michael Freedon* (University of Nottingham/University of Oxford) war der Frage gewidmet, wie sich der Konservatismus gegenüber konkurrierenden Theorieangeboten behaupten – könnte er aus einem solchen Vergleich womöglich als die „siegende“ Ideologie hervorgehen? Von der These ausgehend, dass „politisch denken“ als sprachlich konstituierte Praxis ein ubiquitäres, die gesamte Lebenswelt durchziehendes Phänomen darstelle, für das sich jenseits der ideologischen Stoßrichtung universell geteilte Strukturmerkmale angeben ließen, entwickelte Freedon eine mehrgliedrige Anatomie politischer ‚Denkakte‘, anhand derer sich ein Standortvorteil für die Praxis des konservativen Denkens gegebenenfalls zu erweisen hätte. Ohne dabei eine Aussage über die Wahrheit oder Vernünftigkeit des Konservatismus treffen zu wollen, wies Freedon darauf hin, dass gerade dessen häufig beklagte konzeptionelle Vagheit sowie der eklektische Charakter der entsprechenden Disposition eine relative Stärke gegenüber anderen Ideologien darstelle: So seien Konservative besonders versiert darin,

ihre politischen Ziele durch den Verweis auf höhere, transzendente Autoritäten in den Schleier des Apodiktischen zu hüllen und somit gegenüber anderen Idealen als ‚alternativlos‘ darzustellen, wodurch sich die grundlegende ‚Anmaßung‘ des Politischen, über den semantischen Rahmen der kollektiven Entscheidungsfindung zu bestimmen, häufig in dem von ihnen gewünschten Sinne vollziehe. Bei der Anordnung von symbolisch oder materiell verkörperten Sinngehalten – man denke etwa an das rawlsche Diktum von der Gerechtigkeit als „erster Tugend sozialer Institutionen“ – könne der Konservatismus hingegen keinen inhärenten Vorsprung für sich verbuchen, da seine Berufung auf die traditionsbasierte Autorität des Sakralen für sich genommen nicht überzeugender sei als etwa die legitimitätsbasierte Autorität des Rechten, welche der Liberalismus zur Untermauerung der ihm eigenen Forderungen geltend mache. Auch bei der (De-)Mobilisierung von öffentlicher Unterstützung – ein weiteres Universalattribut politischer Denkkakte – zeige sich der „adaptive Schwung“ des Konservatismus in dessen Fähigkeit, terminologische Versatzstücke aus anderen Ideologien (wie etwa die kontraktualistische Idee einer politischen ‚Verpflichtung‘) zu entnehmen und diese der eigenen Theoriesprache einzuverleiben. Zugleich habe der Konservatismus jedoch kein Monopol darauf, sich – etwa durch eine rhetorische Naturalisierung von Ungleichheit – in begrifflich-konzeptionelle Diskurse über die Stabilität oder Konflikthaftigkeit von sozialen Ordnungen einzufügen oder an deren Aushandlung beteiligt zu sein, wie etwa an der politischen Wende des späteren Rawls sichtbar werde. Wenngleich es also letztlich keine objektiven Maßstäbe zur Beantwortung der Frage gebe, welche Ideologie insgesamt als die „siegreiche“ zu gelten habe, könne der Konservatismus in jedem Fall als die anpassungsfähigste bezeichnet werden.

Traditionen und die Bewahrung des Status quo

Den zweiten Tag des Workshops eröffnete *Martin Beckstein* (Universität Zürich) mit dem Versuch, Karl Poppers Vorhaben der Entwicklung eines „rationalen“ Traditionsbegriffs fortzuführen und für die konservative Theoriebildung fruchtbar zu machen. Dazu warf er zunächst einen Blick auf die Popper-Oakeshott-Debatte, in der sich gezeigt habe, dass beide Autoren – trotz ihrer vielfältigen Differenzen – an Traditionen vor allem deren Legitimationsfunktion für die Aufrechterhaltung eines bestimmten Status quo betonten. Zugleich hielt er ihnen jedoch vor, dass sie zu geringes Augenmerk auf die Möglichkeit endogener Wandlungsprozesse gelegt hätten; ihre gemeinsame Annahme, dass Traditionen nur einer exogenen Überprüfung und Weiterentwicklung zugänglich seien, müsse daher als verfehlt gelten. Um diese These zu untermauern, entwickelte Beckstein einen prozedural unterfütterten Traditionsbegriff, demzufolge eine Tradition sich durch eine repetitive Abfolge von ‚Tradierungsakten‘ konstituiere, bei denen ein heterogen strukturiertes Traditionsmaterial – etwa eine bestimmte Institution oder soziale Praxis sowie der mit ihr verbundene Sinngehalt – von einer Vielzahl an Absendern an ebenso viele Empfänger weitergereicht, eben: ‚tradiert‘ werde. Ein solches Traditionsverständnis, so Beckstein, bekomme die Möglichkeit eines von innen erfolgenden Wandels in den Blick und lasse es erwarten, dass sich das zu tradierende Material im Laufe der Zeit beständig aus eigener Kraft erneuern und reflexiv modernisieren werde, um auch angesichts exogener Anpassungszwänge seine identitätsverbürgende Bedeutung wahren zu können.

Im Anschluss daran skizzierte *Geoffrey Brennan* (Australian National University Canberra/Duke University) die Umrisse eines „responsiven“ Konservatismus, den er als folgerichtige Antwort auf eine strukturelle Tatsache menschlicher Selbstorganisation verstanden wissen wollte und mit der Auffas-

sung verband, dass ein bestimmter Status quo schon aufgrund seiner Faktizität eine genuine ‚Quelle‘ des Normativen darstelle. Dabei ging er von der spieltheoretischen Betrachtung aus, dass für eine dauerhaft erfolgreiche Bewältigung von Koordinationsproblemen – etwa im Straßenverkehr – nicht nur ökonomisch kalkulierende Zweckrationalität, sondern auch eine Neigung zu konventionsgeleitetem Handeln unumgänglich sei. Im Laufe seines Vortrags spürte er deshalb der umfangreichen Frage nach, woher derartige Konventionen auch unter nichtparetoeffizienten Bedingungen ihre normative Kraft nähmen. Wie er überaus bildhaft anhand zweier Anekdoten aus der Geschichte des Kricketsports darlegte, lässt sich die Normativität sozialer Konventionen nicht etwa auf eine historisch informierte Nutzenerwartung und somit auf eine Form des Konsequentialismus reduzieren, sondern ist häufig der Ausfluss einer sozial konstituierten Praxis, die durch ihr bloßes In-der-Welt-Sein eine eigenständige Beharrungskraft gewinnt.

Eine Gegenposition hierzu nahm *Kieron O'Hara* (University of Southampton) ein, der in seinem Vortrag den Konservatismus als Inbegriff einer skeptizistischen Epistemologie verteidigte und die Auffassung vertrat, dass ein Status-quo-Bias zu dessen Bestimmung weder notwendig noch hinreichend sei. Dazu entfaltete er ein zweigliedriges Verständnis des Konservatismus, demzufolge – erstens – jegliches Wissen über die Gesellschaft und ihre Institutionen durch komplexitätsbedingte Unsicherheit gekennzeichnet sei und – zweitens – der Status quo für gewöhnlich unterbewertet werde, weshalb sozialer Wandel grundsätzlich als risikobehaftet gelten müsse und mithin allenfalls inkrementell und reversibel erfolgen dürfe. Wie O'Hara betonte, trete eine solche Auffassung nicht notwendigerweise, sondern nur unter ‚geeigneten‘ Umständen für eine Aufrechterhaltung des Status quo ein, kritisiere jedoch ihrerseits den Rationalismus dafür, jenem gegenüber gerade negativ voreingenommen zu sein. Zudem sei ein Bias zugunsten des Status quo für einen so verstan-

denen Konservatismus schon deshalb nicht hinreichend, weil Letzterer sich im Regelfall ohnehin einer Diskussion über quantifizierbare Nutzenkalküle verweigere.

Im letzten Referat des Vormittags widmete sich *John Skorupski* (University of St Andrews) schließlich der konservativen Kritik am philosophischen Liberalismus, den er dazu explizit von dessen ‚politischer‘ Variante rawlsscher Provenienz abgrenzte. Ohne dabei einen besonderen Anspruch auf kategoriale Trennschärfe zu erheben, legte er dar, dass sich der konservative Einspruch gegenüber dem Liberalismus maßgeblich an dem Dreiklang aus Individualismus, der Forderung nach gleichem Respekt und dem Ideal einer autonomen Vernunft entzünde. Weniger als empirische Streitfragen über die ‚Natur‘ menschlicher Bedürfnisse liege dem Dissens dabei eine moralepistemologische Uneinigkeit zugrunde, ob die Verbindlichkeit von Werten immer nur „relativ zu (ihrem) Wert zugunsten, von oder in einer Person“ (T. H. Green) zu bestimmen sei, oder nicht vielmehr erst aus der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe hervorgehe. Die konservative Kritik an der idealistischen Vorstellung, dass allen Menschen aufgrund ihrer Fähigkeit zu individueller Selbstbestimmung ein Anspruch auf ungeteilten Respekt zukäme, stelle hingegen auch den Liberalismus selbst vor ein ernsthaftes Begründungsproblem. Diesem könne er, so Skorupski, womöglich nur um den Preis einer radikalen Subjektivierung der Moral entkommen – oder durch den Verweis auf ein genuin ‚staatsbürgerliches‘ Ethos der gleichen Rede- und Gedankenfreiheit, wie es in liberalen Gesellschaften vor allem durch die beständige Erfahrung mit demokratischen Praktiken eingeübt und stabilisiert werde.

Der Wert des Partikularen

Den Umstand, dass politische Ideologien häufig durch eine bestimmte Anordnung von Wertpräferenzen charakterisiert und voneinander unterschieden werden, nahm *Kevin*

Mulligan (Universität Genf) zum Anlass, dem Verhältnis von konservativem Denken und Handeln zu einer materialen Wertethik im Sinne Max Schellers nachzugehen. Seine Überlegungen mündeten in der These, dass konservative politische Philosophie letztlich nichts anderes als einen Anwendungsfall von ‚Wertphilosophie‘ darstelle. Während sich der Liberalismus etwa – sofern er sich überhaupt einer axiologischen Sprache bediene – durch den Bezug auf unpersönliche, universelle Werte wie Gerechtigkeit oder Gleichheit auszeichne, bekenne sich der Konservatismus stattdessen zu der intrinsischen und irreduziblen Werthaftigkeit eines Gemeinwesens und seiner Mitglieder für die einzelne Person. Zudem sei er, wie Mulligan im Rückgriff auf den berühmt gewordenen Konservatismus-Vortrag von G. A. Cohen darlegte, von der charakteristischen Vorstellung eines „Werte-Aktualismus“ getragen, demzufolge dem konkreten Vorhandensein von positiv beurteilten Wertinstanzierungen ein zusätzlicher Eigenwert (frei nach und gegen Kant: als „reales Prädikat“) zukomme.

Cohens (partielle) Verteidigung eines wertezentrierten Konservatismus stand auch im Mittelpunkt des anschließenden (und gemeinsam mit Geoffrey Brennan erarbeiteten) Vortrags von *Alan Hamlin* (University of Manchester), in welchem er den Versuch unternahm, die analytische Möglichkeit eines „nominalen“ – das heißt, auf die axiologische Rechtfertigung eines Status-quo-Bias zielenden – Konservatismus zu erkunden, der ohne die Begleitannahme von epistemischer Unsicherheit auskomme. Wie Hamlin in Übereinstimmung mit Mulligan und Cohen erklärte, bestehe der für eine nominal-konservative Disposition kennzeichnende Wertbezug in der Auffassung, dass die in einem spezifischen Einzelding verkörperte Instanzierung eines bestimmten Werts ‚höher‘ zu bewerten sei als eine bloß abstrakte oder antizipierende Vorstellung desselben Wertes. Anders als jedoch von Cohen behauptet, stehe der konservative Grundimpuls, eine für wertvoll befundene Sache gerade aufgrund ihrer Partikularität zu bewahren (und somit –

bis zu einem bestimmten Grad – ihre Austauschbarkeit zu leugnen), keineswegs im Widerspruch zu der Haltung eines wertemaximierenden Konsequentialismus. Darüber hinaus sei es auch denkbar, wie Hamlin teilweise gegen Cohen ausführte, eine zugleich konservative und liberal-egalitäre Position einzunehmen, sofern nur die Möglichkeit eines Trade-offs zwischen dem Wert der Gerechtigkeit und partikularen Wertinstanzierungen anerkannt und Ersterer ein lexikalischer Vorrang gegenüber Letzteren eingeräumt werde.

Gegen die bei alledem zum Ausdruck kommende Vorstellung, dass eine konservative Disposition wesentlich durch ihren „nominalen“ Bezug auf partikulare Werte und einen Impuls zur Bewahrung von deren Status quo charakterisiert sei, meldete *Erich Hatala Matthes* (Wellesley College) in seinem Folgevortrag jedoch grundsätzliche Bedenken an. Wie ein Blick auf jenseits des Politischen angesiedelte Praktiken zeige, könne ein genuin konservativer Werterahmen den Status quo auch nachdrücklich in Frage stellen: So gehe es etwa im Bereich der Kunstrestauration nicht nur um die Erhaltung von bestehenden, sondern ebenso um die Wiederherstellung von verlorenen Werten, sodass nicht weniger als die physische Integrität eines bestimmten Kunstwerks auch die Erfahrung von dessen ursprünglicher Verfasstheit zum Objekt der konservativen Wertschätzung avancieren könne. Im Bereich des Umweltschutzes – der, wie Matthes betonte, ebenfalls ein paradigmatisch konservatives Anliegen verkörpere – sei es zudem möglich und wahrscheinlich, dass der Status quo selbst als Gefahr für die zu schützenden Werte wahrgenommen werde, zumal die substanzielle und zeitliche Bezugsgröße der ökologischen Idee mindestens unklar, wenn nicht gar arbiträr sei. Weil es daher insgesamt unplausibel sei, eine konservative Haltung auf die Affirmation und Erhaltung des Status quo zu reduzieren, schlug Matthes vor, den Konservatismus nicht axiologisch, sondern als Ausdruck einer bestimmten ‚Tugend‘ zu begreifen, welche sich gegenüber

dem Objekt ihrer Wertschätzung – gleichsam als Synthese aus aristotelischer Mesoteslehre und biblischem Schöpfungsauftrag – um eine angemessene Mitte zwischen aneignender Nutzbarmachung („engagement“) und respektvoller Bewahrung bemühe.

Im letzten Vortrag des Workshops ging *Emma Tieffenbach* (Universität Genf) schließlich der Frage nach, welche Rolle die Vorstellung von „unersetzbaren Gütern“ bei der Rechtfertigung einer konservativen Disposition spielen könne. Auch sie folgte dabei weitgehend der Auffassung Cohens, dass die ‚Unersetzbarkeit‘ eines wertvollen Objekts eine Eigenschaft sei, die ihm nicht etwa aufgrund seiner Historizität und Einzigartigkeit, sondern aufgrund seines tatsächlichen Vorhandenseins zukomme – selbst unter der kontrafaktischen Annahme, dass als Ersatz für das fragliche Objekt ein gleichwertiges Duplikat zur Verfügung stünde. Rein deskriptiv betrachtet, handle es sich bei unersetzbaren Gütern schlicht um solche, denen als Gegenstand einer affektiven ‚Pro-Einstellung‘ starke Emotionen wie Fürsorge, Zuneigung oder Liebe entgegengebracht werden. Tieffenbach verwahrte sich jedoch sowohl gegen die ‚nihilistische‘ Annahme, dass der Wert des Unersetzbaren vollständig in dieser Beschreibung aufgehe, als auch gegen einen Subjektivismus, dem schon die bloße Zuschreibung einer solchen Wertschätzung als konstitutiv und hinreichend für die Unersetzbarkeit des fraglichen Objekts

gelte. Stattdessen plädierte sie für einen metaethischen Realismus, demzufolge die konservative Würdigung eines ‚unersetzbaren Guts‘ immer als Reaktion auf eine von dieser Haltung unabhängig existierenden Eigenschaft zu deuten sei. Wie sie zudem unter Verweis auf den Rechtsphilosophen Joseph Raz betonte, ergebe sich die Neigung des Konservatismus, für die Bewahrung unersetzbarer Güter erhebliche Opportunitätskosten in Kauf zu nehmen, nicht zuletzt aus dessen Auffassung, dass der Wert solcher Güter nur unter der Bedingung ihrer realen Existenz überhaupt angemessen zu erfassen sei.

Es liegt vielleicht in der Natur der Sache, dass in den lebhaften Diskussionen während und am Rande der Tagung nicht alle der aufgeworfenen Probleme erschöpfend behandelt werden konnten. Ein produktiver Dissens blieb vor allem hinsichtlich dreier Fragen bestehen: Ist der konservativen Disposition notwendigerweise ein Status-quo-Bias eingeschrieben? Lässt sie sich eher als Ausdruck einer bestimmten Moralepistemologie oder einer Sozialontologie deuten? Und schließlich: Ist es möglich, den Konservatismus im Ganzen mit liberalen und utilitaristischen Vorstellungen zu versöhnen? Als unstreitig kann jedoch gelten, dass dem Konservatismus ungeachtet seiner oftmals antirationalistischen Tonlage ein erhebliches theoretisches, nicht zuletzt auch (gesellschafts-)kritisches Potential innewohnt, das noch lange nicht ausgereizt ist.